

Öffentlich-rechtliches Fernsehen

„Man muss erkennen, dass das System nicht reformierbar ist“

Ein Gespräch mit Berthold Seliger. Über Vetternwirtschaft, das Quotendiktat und die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens

Fällt Ihnen etwas Positives zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen sein?

Sicher gibt es auch gute Sendungen, Politmagazine wie *Panorama* und *Monitor*, ein paar Dokumentationen, die noch nicht der Mainstream-Machart unterworfen sind, „Die Kinder von Golzow“ oder der jüngste Film von Edgar Reitz zum Beispiel. Das Problem ist: All das sind Ausnahmen. Wenn man den Gesetzesauftrag, also „Bildung, Information und Kultur“ ernst nimmt, müssten derartige Sendungen aber die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Wie bewerten Sie Kultur- und Literatursendungen wie *Aspekte* ?

Aspekte war vor zehn Jahren noch annehmbar. Die heutigen Moderatoren orientieren sich eher an *Viva*. Man will die Jugend erreichen und bekommt Geplapper. Darunter leide ich. Das ist regelrecht gesundheitsschädigend.

Zu seiner Finanzierung fordert das öffentlich-rechtliche TV den durch die Umstellung Rundfunkgebühr auf eine Haushaltsabgabe erwirtschafteten Überschuss von 1,6 Milliarden Euro plus zusätzlich 779 Millionen als Mehrbedarf.

Das ist dreist und beweist die nicht zu stillende Gier dieses Systems. Man hatte uns ja die Haushaltsabgabe als kostendeckend verkauft, aber *ARD* und *ZDF* bekommen den Hals nicht voll. Das Problem ist die sich selbst befeuernde Konstruktion: *ARD* und *ZDF* melden ihren Finanzbedarf an, dann schaltet sich die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (KEF) ein, die ihren Sitz im Schloss der rheinland-pfälzischen Landesregierung hat. In der KEF sitzen, wie in allen

Entscheidungsgremien von *ARD* und *ZDF*, in großer Mehrheit Parteien- und Staatsvertreter, zuvörderst von CDU/CSU und SPD, die dann ein bisschen streichen, aber letztlich die Anforderungen ohne große Kürzungen an die Landesregierungen weiterleiten, die die Finanzierung abnicken. In diesem System entscheiden Leute, die sich alle kennen, aus den gleichen Institutionen kommen und sich gegenseitig zuspielden. Transparenz und Kontrolle sind im System des öffentlich-rechtlichen Fernsehens Fremdworte.

Es gibt innerhalb der Politik keinerlei Opposition, alle sind Fans dieses Systems, von rechts bis links. Niemand hinterfragt die Inhalte und die Quote, niemand diskutiert die ideologische und propagandistische Funktion des Staatsfernsehens. Außerdem beschäftigt sich niemand mit den technologischen Entwicklungen – die Politik ist den 1970er Jahren stehengeblieben, als es nur wenige Kanäle gab und *ARD*, *ZDF* und die Dritten eine Art Vollversorgung bereitstellen sollten. Das ist im 21. Jahrhundert obsolet, und trotzdem werden 10.227.734 Sendeminuten pro Jahr produziert – wohlgemerkt, ein normales Jahr hat nur 525.600 Minuten, also etwa ein Zwanzigstel des vom Staatsfernsehen produzierten Sendeminutenvolumens. Das ist völlig absurd.

Die Degeto erhält über 400 Millionen Euro jährlich für Produktionen aus dem Topf der ARD. ARD und ZDF halten sich weitere 151 Tochtergesellschaften. Warum werden die Programme nicht direkt in den Mutterhäusern produziert?

Diese privatisierten Geschäfte zu Lasten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens – und wir reden über einen Umsatz von 1,64 Milliarden Euro jährlich“ - haben eine Verschleierungsfunktion. Wie immer werden im Kapitalismus Gewinne privatisiert zulasten der öffentlichen Anstalten. Man möchte die Programmarbeit und die Kosten keinesfalls einer öffentlichen Kontrolle unterwerfen. Die Bürger sollen nicht erfahren, wie ihre 8,32 Milliarden ausgegeben werden, was eine Minute einer Show oder eines „Tatorts“ kostet, welche Gehälter Intendanten und Redakteure, welche Gagen Talkmaster und Schauspieler bekommen. Private Firmen sind der Öffentlichkeit gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Gegenüber denjenigen, die die Haushaltsabgabe bezahlen, also gegenüber der Öffentlichkeit, bleibt alles geheim.

Die Degeto Film GmbH hat seit 2012 eine neue Geschäftsführerin.

Das ist Christine Strobl, Tochter von Wolfgang Schäuble und verheiratet mit dem baden-württembergischen CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl. Ihr Vorgänger, Hans-Wolfgang Jurgan, hat nach Gutsherrenart regiert und das Geld nur so rausgeschmissen. So einen kann sich das System offenbar nicht mehr leisten. Strobl, zu klug, um nicht auf die Kritik einzugehen, kündigte 2012 Reformen an, räumte Fehler ein und behauptete, mehr auf Qualität zu setzen, aber im Grundsatz ändert sich nichts.

Warum schweigen die Zuschauer dazu?

Gramsci spricht von einem „passiven Konsens“, eine Zustimmung durch achselzuckendes Hinnehmen, nach dem Motto „Das können wir sowieso nicht ändern“. Und in der Tat kann man ja um- oder abschalten. Ein großer Teil ist marginalisiert und wird durch Hartz IV diszipliniert, hat sich aus dem System ausgeklinkt, weil er nichts zu erwarten hat. Diese Leute schauen kaum öffentlich-rechtliche, sondern private Sender. Dann gibt es Leute, für die das Staatsfernsehen wie gemacht ist: das *ZDF* als „Rentnersender“. Es gibt Durchhaltefernsehen für die untere Mittelschicht, die vom sozialen Abstieg bedroht ist und mit Heile-Welt-Angeboten bei der Stange gehalten wird.

Und dann gibt es das, was ich „zweite Elite“ nenne, eine aufgeklärte und selbstbewusste Mittelschicht, für die letztendlich Politik gemacht wird. Studien zeigen: Ein Drittel der Leute geht gar nicht mehr wählen und ist für politische Inhalte nicht erreichbar. Dann gibt es feste Lager der großen Parteien. Man macht eigentlich nur noch für knapp zehn Prozent Politik, die muss man erreichen, das sind die Meinungsführer. Für diese zweite Elite gibt es *3sat* und *Arte* und die anspruchsvolleren Sendungen im Programm.

Bietet das gebührenfinanzierte Fernsehen im Unterschied zu den Privaten nicht auch eine Basis für eine Forderung nach Transparenz und Reform?

In der Theorie, bzw. dem Gesetzestext nach: ja. In der Praxis: nein. Eine wichtige These meines Buches > I have a stream< lautet ja, dass der Staat das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu seinem eigenen Apparat gemacht und überall Politiker und

Funktionäre reingesetzt hat. Deshalb ist es nicht mehr öffentlich-rechtlich, sondern Staatsfernsehen.

Sie sind für die Abschaffung dieses Fernsehens. Aber was passiert, wenn nur noch der freie Markt regiert?

Das ist die Kernfrage. Ich glaube nicht, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen als größte ideologieproduzierende Machtformation im Staat, ausgestattet mit über 8,5 Milliarden Euro jährlich, noch reformierbar ist. Das ist ein riesiger, bürokratischer Apparat, ein Tanker, der nicht mehr manövrierfähig ist. Da kann man nicht umlenken, da bleibt nur die Abschaffung.

Also die Frage, was käme danach. Sollte nach der Abschaffung des Staatsfernsehens und angesichts der technologischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts – Stichwörter Internet oder Streaming – wirklich noch ein öffentliches Angebot gefragt sein, wäre ein steuerfinanziertes und auf die Kernbereiche Bildung, Information und Kultur, also auf den eigentlichen Gesetzesauftrag reduziertes Programm vorstellbar – das natürlich im Internet stattfinden würde, also kein Fernsehen im herkömmlichen Sinne mehr wäre.

Aber vergessen wir nicht: Das Öffentlich-Rechtliche ist für die Herrschenden eine willkommene Konstruktion zur Zementierung bestehender Verhältnisse. Denken Sie an die ganzen Degeto-Heimatfilme und die Unterhaltungsshows, das ist Valium für das Volk. Was früher Religion war, leistet heute das Fernsehen.

Die kleine Minderheit der gebildeten Mittelschicht muss doch nicht unbedingt betäubt werden?

Ich habe hier ganz bewusst allgemein vom Fernsehen gesprochen. Es war ja eine gezielte Entscheidung der Politik, und da vor allem der Konservativen mit dem Zutun verschiedener Sozialdemokraten, das Privatfernsehen einzuführen. Weniger als 40 Prozent aller TV-Nutzer schauen *ARD*, *ZDF*, die Dritten, *Arte* oder *3sat*. Das ist ein Minderheitenprogramm. Außerdem war es den Konservativen zu links, dem wollten sie etwas entgegensetzen. Und dann passte sich das Staatsfernsehen den Privaten ästhetisch, inhaltlich, programmatisch an. Statt sich auf die eigenen Qualitäten zu besinnen, zog es nach und produzierte die gleichen dumpfen Serien, Telenovelas und

Fernsehfilm, anstatt dem irgend etwas entgegenzusetzen, etwa die Perspektive der „kleinen Leute“ zum Thema zu machen.

Die hervorragende dänische Politserie „Borgen“ ist als Produktion des deutschen Staatsfernsehens nicht vorstellbar. Schon deshalb nicht, weil die ganze Politikerkaste in den Gremien und ihre Subalternen in den Redaktionen so etwas nicht zulassen würden. Zudem nutzen die Fernsehmacher die Freiheit, die sie eventuelle noch haben, nicht. IN den Anstalten regiert ein System der Angst und des Mittelmaßes. Dauernd wird mit der Quote gedroht. Die ist aber eine Erfindung der Werbeindustrie, und Werbung dürfte das Öffentlich-rechtliche eigentlich gar nicht machen, das wäre das mindeste, schließlich wird es ja mit den Milliarden aus der Haushaltsabgabe finanziert. Trotzdem arbeiten beim deutschen Staatsfernsehen haufenweise outgesourcte „Freie“.

Passen sich die Drehbuchautoren vorseilend den gängigen Formaten an?

Die mutigeren versuchen Freiräume zu entwickeln. Beim „Tatort“ wird man manchmal positiv überrascht durch einen interessanten und toll verfilmten Plot. Dann gibt es Leute wie Dominik Graf, aber die haben Alternativen und drehen auch für das Kino. Junge Fernsehmacher sagen sich häufig, „das scheint gefordert zu sein, also mach´ich das so“, und orientieren sich gleich an dem existierenden Format.

Zudem gibt es viele Möglichkeiten der indirekten Zensur.

Für Nachrichtensendungen werden feste Freie morgens losgeschickt, um einen Drei-Minuten-Beitrag zu machen, der am späten Nachmittag abgeliefert werden muss. Die Leute wissen, was politisch und ästhetisch erwünscht ist und passen sich an, damit sie nicht acht Stunden umsonst gearbeitet haben. Denn der Beitrag wird nur im Falle der Sendung bezahlt. Viele haben nur Einjahresverträge und riskieren deshalb nichts. Und dann kommt die Quote hinzu. Selbst Werke von Edgar Reitz und Dominik Graf werden dem Quotenwahn geopfert. „Im Angesicht des Verbrechens“, eine wirklich gute Serie, wurde nach vier Folgen ins Nachtprogramm verschoben. Da braucht es auch den Mut der Programmacher, die sich auch mal für eine Dokumentation auf dem Hauptsendeplatz 20.15 Uhr entscheiden. Die AG DOK fordert übrigens schon lange vergeblich einen festen Platz für den Dokumentarfilm, zu vernünftiger Sendezeit. Pluralismus sollte selbstverständlich sein. Zum Beispiel Musikshows: Ich habe kein

Problem mit einer Helene-Fischer-Show im Öffentlichen um 20.15. Das ist nicht meine Musik, aber gut gemacht und gefällt einem Teil der Leute. Aber dann bitte zwei Wochen später eine HipHop-Sendung, dann eine mit Indierock und wiederum zwei Wochen später Klassik, und zwar alles zur besten Sendezeit. Nur wenn die ganze Bandbreite der Kultur und Bildungsmöglichkeiten angeboten wird, haben die Leute wirklich eine Wahl. Es läuft aber ausschließlich Helene Fischer und ähnliches, und einseitige Beschränkung spricht jeder Idee von kultureller Vielfalt Hohn. Das Musikprogramm wird von der Kulturindustrie geprägt, die direkten Einfluss nimmt.

Ist Ihre Fundamentalkritik am öffentlich-rechtlichen Fernsehen daran schuld, dass Ihr Buch kaum rezensiert wird?

Wahrscheinlich. Der Mainstreamjournalismus möchte dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht wehtun. Warum, kann ich nur mutmaßen. Vielleicht ist es Vorsicht, weil viele Kollegen auch für die Öffentlichen arbeiten oder dort auf gutbezahlte Positionen schießen. Das Verschweigen ist die schärfste Waffe der hiesigen Medien, und verschwiegen wird alles, was das System grundsätzlich in Frage stellt. Ich höre ja oft: Mit deiner Kritik hast du völlig recht, aber sollte man das System nicht reformieren? Man muss aber erkennen, dass das System nicht reformierbar ist und überwunden werden muss. Man tut sich schwer mit meiner Position und verschweigt sie. Denn relevant in den bürgerrechtlichen Medien ist ausschließlich, worüber diese Medien reden. Was sie beschweigen, ist grundsätzlich irrelevant. So funktioniert das.

Das Gespräch führte Matthias Reichelt